

Internationale Freigeistige Rundschau 2/2009

Europa

Deutschland

I (3923) **Bamberg**. Die Missbrauchsvorwürfe gegen einen Bamberger Domkapitular kommen nicht zur Anklage, obwohl der Leitende Oberstaatsanwalt einen "hinreichenden Tatverdacht" feststellte. Alle ermittelten Fälle sexuellen Missbrauchs von Schutzbefohlenen und Kindern seien aber verjährt, teilte die Staatsanwaltschaft mit. Die Ermittlungen hatten ergeben, dass der Beschuldigte von 1978 bis 1984 als Präfekt und später als Direktor des Schülerwohnheims Ottonianum in Bamberg "in zehn Fällen an acht verschiedenen Heimbewohnern" sexuelle Handlungen vorgenommen habe.

Der Geistliche gibt weiterhin an, sich nicht an „die Vorgänge“ erinnern zu können. Die ihm empfohlenen therapeutischen Angebote, die zur Aufklärung seitens des Beschuldigten hätten beitragen sollen, habe er "nur bedingt in Anspruch genommen". Die Erzdiözese kündigte an, sie bemühe sich weiter um vollständige Aufklärung, drückte sich aber um die Frage möglicher Entschädigungsleistungen an die Opfer. Zu diesen „mutmaßlichen“ Opfern halte jedoch ein bischöflicher Beauftragter Kontakt. (KNA, 19.1.09)

I (3924) **Freiburg**. Erzbischof Zollitsch hat dem Freiburger Theologieprofessor Werner Tzscheetzsch auf dessen Wunsch die kirchliche Lehrerlaubnis ohne förmliches Lehrbeanstandungsverfahren entzogen. Tzscheetzsch selbst soll nach reichlicher Überlegung Erzbischof Zollitsch "schriftlich und mündlich mitgeteilt haben, dass er sich nicht weiter dazu befähigt sehe, den Ansprüchen, die an einen katholischen Hochschullehrer gestellt würden, gerecht zu werden." Ein Sprecher der Erzdiözese Freiburg bestätigte dies und sagte: "Professor Tzscheetzsch ist selbst an uns herangetreten. Deshalb gibt es auch nicht das sonst übliche Lehrbeanstandungsverfahren. Wir hatten keine andere Wahl und respektieren seine Gründe".

Gegenüber der Presse sagte der Professor: "Ich bleibe katholisch, möchte aber bestimmte Dinge nicht mehr vertreten". Um welche Fragen es dabei genau geht, wollten vorerst weder Tzscheetzsch noch das Erzbistum mitteilen.

Der 58-Jährige war seit 01.03.1995 Professor für Pädagogik und Katechetik an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg. (*Badische Zeitung*, 20.1.09; (*Süddeutsche Zeitung*, 22.1.09)

Anm. MIZ-Red.: Nach den Konkordatsbestimmungen muss das Land nun auf eigene Kosten für Ersatz sorgen, gleichzeitig aber den Beamten auf Lebenszeit weiter beschäftigen – sofern dieser nicht in den vorgezogenen Ruhestand zu gehen wünscht. Letzteres war den Meldungen nicht eindeutig zu entnehmen.

I (3925) **Berlin**. Bundesforschungsministerin Annette Schavan (CDU) wird Honorarprofessorin für Katholische Theologie an der Freien Universität Berlin (FU). Die Katholikin Schavan verbinde geisteswissenschaftliche Exzellenz mit gesellschaftlicher Wirksamkeit, hieß es in einer Erklärung der Freien Universität. In ihren wissenschaftlichen Werken vertrete sie eine Öffnung der Theologie zur Welt. Sie könne theologische Fragen in einer immer mehr nichtchristlichen Gesellschaft

vermitteln. Ihre Antrittsvorlesung soll Schavan im kommenden Sommersemester halten. Schavan studierte Erziehungswissenschaft, Philosophie und Katholische Theologie in Bonn und Düsseldorf. 1980 wurde sie zur Doktorin der Philosophie promoviert. Nach ihrem Studium arbeitete Schavan im Generalvikariat Aachen und als Geschäftsführerin und Leiterin der Bischöflichen Studienstiftung Cusanuswerk. Von 1995 bis 2005 war sie Ministerin für Kultus, Jugend und Sport von Baden-Württemberg. Seither ist Schavan Bundesministerin für Bildung und Forschung. Von 1994 bis 2005 war sie außerdem Vizepräsidentin des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken. Eine Interessenkollision zwischen ihrer Funktion als Geldgeberin (und teilweise auch Vorgesetzte) der Universität und ihrer Rolle als Professorin sieht die Ministerin offenbar nicht. (KNA, 2.2.09)

I (3926) **Würzburg**. Die Irritationen um die Versöhnungsgeste des Papstes gegenüber den Traditionalisten haben nach den Worten des Würzburger Bischofs Friedhelm Hofmann viele Katholiken zum Kirchenaustritt veranlasst. Für Außenstehende sei nicht nachvollziehbar gewesen, auf welchen Wegen in Rom die Aufhebung der Exkommunikation gegen die vier Bischöfe der Pius-Bruderschaft zustande gekommen sei. Das erklärte Hofmann bei der Vollversammlung des Würzburger Diözesanrats. Benedikt XVI. habe die Traditionalisten zur Rückkehr in die Kirche eingeladen, ohne dass es bei diesen wirkliche Vorleistungen gegeben habe, so Hofmann. Darin zeige sich die große Versöhnungsbereitschaft des Papstes. Allerdings müsse in der Kurie die interne Abstimmung und die Kommunikation mit den nationalen Bischofskonferenzen dringend verbessert werden, mahnte der Bischof. Dann ließen sich Irritationen in der Öffentlichkeit, aber auch unter den Bischöfen, in der Zukunft vermeiden. (KNA, 15.3.09)
Anm. MIZ-Red.: Die „große Versöhnungsbereitschaft“ des Papstes zeigt sich allerdings nur gegenüber den Rechten in der Kirche. Zum Glück geben diese aber nun keine Ruhe und sorgen dafür, dass die „Irritationen“ des Kirchenvolks noch längere Zeit anhalten werden.

I (3927) **Münster**. Die katholische Kirche verzeichnet für 2008 ein Rekordhoch bei den Einnahmen aus der Kirchensteuer. Die 27 Bistümer erzielten 2008 mehr als fünf Milliarden Euro. Im Vergleich mit 2007 ergibt sich daraus ein Plus von rund 8,8 Prozent. Den Einnahmen-Zuwachs erklären kirchliche Finanzexperten mit der guten Konjunktur in den ersten Monaten des Jahres 2008. Für das laufende Jahr 2009 erwartet die Kirche jedoch einen Rückgang der Kirchensteuer-Einnahmen im Zuge der Rezession, aber immer noch geringfügig über dem Niveau von 2007. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Zollitsch, meinte dazu: "Wir müssen uns auf harte Zeiten einstellen." (KNA, 20.3.09)

I (3928) **Berlin**. Die FDP strebt nach der Bundestagswahl rechtliche Regelungen für „nichtkirchliche Religionen“ an und will damit deren „Einbindung“ erreichen. Das geht aus dem in Berlin vorgestellten Entwurf des Wahlprogramms hervor. "Die FDP setzt auf die Gleichbehandlung der Religionsgemeinschaften durch den Staat", heißt es in dem Text. Entscheidend sei, dass das Menschen- und Gesellschaftsbild der jeweiligen Religionsgemeinschaft die Werteordnung der Verfassung achte. Zugleich beklagen die Freidemokraten Vorurteile gegen Kirchen und Religionsgemeinschaften, die in Nichtwissen gründeten. Die Bundesländer sollten deshalb durch umfassende schulische Informationen über die Religionen für den Abbau der Vorurteile sorgen. Kirchen und Religionsgemeinschaften leisteten einen positiven Beitrag zum Zusammenleben der Gesellschaft. Der Islam oder die Muslime

in Deutschland werden in dem rund 80-seitigen Programm nicht explizit genannt. (KNA, 24.3.09)

Anm. MIZ-Red.: Die nichtreligiösen Weltanschauungsgemeinschaften wurden von der FDP ausdrücklich nicht erwähnt und waren, wie der Wortlaut zeigte, auch gar nicht gemeint. Und „Vorurteile gegen Kirchen und Religionsgemeinschaften, die in Nichtwissen gründen“ gibt es wohl eher seitens der FDP, die offenbar keinerlei Anstoß mehr an den kirchlichen Privilegien nimmt.

I (3929) **Leer/Stade**. Auch die evangelische Kirche hat Probleme mit Pädophilen. Wegen sexuellen Missbrauchs ist ein evangelischer Pastor aus Norddeutschland verurteilt worden. Gegen den 52-jährigen Vater von sechs Kindern war wegen des Verdachts der sexuellen Nötigung einer Minderjährigen ermittelt worden. Nach Angaben der Lokalpresse verurteilte das Amtsgericht Leer (Ostfriesland) den geständigen Geistlichen zu einer Freiheitsstrafe von 14 Monaten mit Bewährung. Außerdem verhängte das Gericht eine Geldauflage von 2.000 Euro; davon soll die Hälfte dem Kinderschutzbund in Leer zugute kommen. Nach Bekanntwerden der Vorwürfe am 16. Dezember war der Pastor von der hannoverschen Landeskirche suspendiert worden. Wegen des Strafmaßes von mehr als einem Jahr scheidet er nach dem kirchlichen Dienstrecht automatisch aus dem Dienst der Landeskirche aus und darf nicht mehr als Pastor tätig sein, wie die Pressestelle in Hannover am 25. März mitteilte. Der theologisch konservative Pastor war im Herbst 2008 von Uplengen-Ockenhausen nach Gnarrenburg (Kirchenkreis Bremervörde-Zeven) gewechselt.

Im Sprengel Stade steht ein weiterer kirchlicher Mitarbeiter unter dem Verdacht sexuellen Missbrauchs von Minderjährigen. Am 14. Januar beendete der Kirchenkreis Buxtehude das Dienstverhältnis mit einem in der Kirchengemeinde Apensen bei Stade beschäftigten Diakon. Der 41-Jährige war vor allem in der christlichen Pfadfinderarbeit aktiv. Nach einer Anhörung hob der Kirchenkreis das Dienstverhältnis mit sofortiger Wirkung auf und erstattete Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. (*idea*, 25.3.09)

I (3930) **Allensbach**. Fast zwei Drittel der Deutschen (63 Prozent) glauben, dass Mensch und Affe einen gemeinsamen Vorfahren haben. Das ergab eine repräsentative Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach (Bodensee). Jeder dritte Katholik und jeder fünfte Protestant widerspricht der These, dass Mensch und Affe miteinander verwandt sind.

Die Zustimmung zu dieser These der von Charles Darwin (1809-1882) begründeten Evolutionstheorie ist im Osten Deutschland größer als im Westen: 72 Prozent der Bürger in den neuen Bundesländern sind der Meinung, dass Mensch und Affe von einem gemeinsamen Vorfahren abstammen; im Westen Deutschlands sind es 61 Prozent. Fast jeder fünfte Deutsche (18 Prozent) bezweifelt diese These. 19 Prozent sind unentschieden. Die Zustimmung zu der Auffassung, dass Mensch und Affe weitläufig verwandt sind, ist laut den Allensbach-Umfragen in der westdeutschen Bevölkerung seit 1970 kontinuierlich gestiegen. Damals waren 38 Prozent von dieser Theorie überzeugt. 1988 stimmten ihr 48 Prozent zu. 1998 war es erstmals die Mehrheit (57 Prozent). Auch Protestanten (57 Prozent) und Katholiken (53 Prozent) sind mehrheitlich der Ansicht, dass sich der Mensch aus anderen Lebensformen entwickelt hat, jedoch sind dies deutlich weniger als unter den Konfessionslosen (80 Prozent). 32 Prozent der katholischen und 21 Prozent der evangelischen Kirchenmitglieder stimmen dagegen der Aussage zu: "Der Mensch wurde von Gott

geschaffen, wie es in der Bibel steht." Bei Personen anderer oder ohne Konfession beträgt dieser Anteil neun Prozent. (*idea*, 26.3.09)

I (3931) **Chemnitz**. Pfarrer Ulrich Parzany, der frühere Generalsekretär des evangelikalen "Christlichen Vereins junger Menschen" (CVJM) machte bei der Eröffnung der Evangelisation "ProChrist" ein bemerkenswertes Eingeständnis: Das Christentum ist seiner Erfahrung nach weithin zu einer Art Opium für das Volk verkommen. Die Aussage des Philosophen Karl Marx (1818-1883) "Die Religion ist das Opium des Volkes" treffe heute stärker denn je zu. Für viele Christen diene der Glaube nämlich vor allem der inneren Beruhigung oder er solle ein gutes Gefühl vermitteln. Sobald der Glaube aber Veränderungen oder Opfer im persönlichen Lebensstil fordere, wollten viele nichts mehr davon wissen.

Die meisten Personen des öffentlichen Lebens blieben dem ansonsten dubiosen Spektakel fern - außer einigen CDU-Vertretern. Der CDU-Fraktionsvorsitzende im sächsischen Landtag, Steffen Flath (Dresden), bekannte im Vorprogramm, dass er vor 20 Jahren nicht mit der friedlichen Revolution gerechnet habe. Aber die Gebete der vielen Christen hätten Wunder bewirkt. (*idea*, 30.3.09)

Anm. *MIZ-Red.*: Sehr viele Christen können es allerdings nicht gewesen sein, denn nach 1990 verloren die Kirchen auf dem Gebiet der Ex-DDR deutlich mehr Mitglieder als in den beiden Jahrzehnten zuvor. Faktisch waren es wesentlich mehr Konfessionsfreie, die den Wandel in der DDR mit herbeiführten - und zwar ohne Gebete, dafür aber mit Handeln. Und wenn die sächsische CDU in ihrer Politik aufs Beten vertraut, braucht man sich über das Desaster der Sächsischen Landesbank nicht zu wundern: Der US-Immobilienmarkt hat die Gebete offenbar nicht so gut verstanden.

Großbritannien

I (3932) **London**. Über 100.000 Briten wollen mit einer Erklärung ihre Taufe widerrufen. Eine atheistische Organisation biete dazu im Internet ein Formular an. Diesen Text kann man für rund drei Euro herunterladen. Anschließend ist das Dokument bei der zuständigen Kirche einzureichen, wo man im Taufregister aufgeführt sei. Aus anglikanischer Sicht kann man die Taufe nicht rückgängig machen. Jedoch bestehe die Möglichkeit, den Widerruf der Taufe im Register einfügen zu lassen. (*idea*, 4.4.09)

Irland

I (3933) **Cloyne**. Der Bischof von Cloyne, John Magee, tritt von seinem Amt zurück. Damit beugt er sich öffentlichem Druck. Eine Dubliner Kinderschutz-Kommission wirft ihm vor, bei Pädophilie-Verdacht im Klerus nur ungenügend mit den Behörden zusammenzuarbeiten. Nun teilte der 72-jährige Magee mit, der Vatikan werde seinen Rücktritt annehmen und einen Apostolischen Administrator für das kleine südirische Bistum benennen. Gleichzeitig beteuerte er, er wolle mit der Dubliner Kommission in jeder Hinsicht zusammenarbeiten. Nach Angaben irischer Medien würdigt der irische Primas, Kardinal Sean Brady, die Entscheidung Magees. Sie zeige, wie wichtig die Kirche den Schutz von Kindern und den Beistand für Missbrauchopfer nehme. Magee war Privatsekretär von Papst Paul VI., Johannes Paul I. und zeitweise auch von Johannes Paul II.; 1992 war er Liturgie-Verantwortlicher des Vatikans. (ap, 8.3.09)

Anm. MIZ-Red.: Angesichts der flächendeckenden Misshandlungen und sexuellen Erniedrigungen in katholischen Heimen, die zu diesem Zeitpunkt dem Klerus ja schon bekannt war, setzt die Erklärung von Kardinal Brady dem ganzen Skandal die Krone auf. Hier noch zu behaupten, der Rücktritt zeige, „wie wichtig die Kirche den Schutz von Kindern und den Beistand für Missbrauchsoffer nehme“ – das ist mit Heuchelei oder Unverfrorenheit noch zu milde ausgedrückt.

Niederlande

I (3934) **Den Haag/Arnheim.** Der niederländische Bildungs-, Kultur- und Wissenschaftsminister Ronald Plasterk (Arbeitspartei) hat den Zuschuss für die evangelikale Organisation "Onze Weg" (Unser Weg) gestrichen, weil sie Homosexuelle diskriminiert. Nach Ansicht des sozialdemokratischen Politikers verstößt die Organisation mit ihren Aktivitäten gegen die Gleichberechtigungspolitik. Die Fördermittel in Höhe von 50.000 Euro seien in der Annahme gewährt worden, dass die Stiftung sich "für eine offene Diskussion über Homosexualität von Christen in der Kirche" einsetze. Nach Informationen der Amsterdamer Tageszeitung *Trouw* unterstützt die Stiftung schwule Christen, die Wege aus ihrer Neigung suchen. Ihnen sei erklärt worden, dass sie durch das Zurückdrängen homosexueller Gefühle genesen könnten und eine Veränderung hin zur Heterosexualität möglich sei. (*Trouw*, 9.1.09; *idea*, 10.1.09)

Anm. MIZ-Red.: Der eigentliche Skandal liegt darin, dass einer religiösen Stiftung mit solcher Zielsetzung überhaupt jemals Steuermittel anvertraut worden sind.

I (3935) **Den Haag.** Das niederländische Parlament hat beschlossen, einen Paragraphen gegen Gotteslästerung abzuschaffen. Der umstrittene Strafrechts-Artikel 147 habe keine praktische Bedeutung und werde zudem durch einen anderen Paragraphen zum Schutz vor Beleidigung und Verunglimpfung ausreichend ersetzt, so die Befürworter der Initiative. Der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Jan de Wit sprach nach der Abstimmung der zweiten Parlamentskammer von einem "historischen Beschluss". - Im Haager Parlament wird seit Jahren über die gesonderte Strafbestimmung für Gotteslästerung debattiert. Noch 2007 bestand die von Christ- und Sozialdemokraten sowie der religiösen Partei Christen-Union gebildete Koalition darauf, dass das in der Praxis fast nie angewandte Gesetz über Gotteslästerung beibehalten wird. Zahlreiche Abgeordnete hatten dies kritisiert. Das gesetzliche Verbot von Gotteslästerung gilt seit 1932. Seit über 40 Jahren hat es keine Anwendung mehr gefunden. (*KNA*, 21.1.09)

Österreich

I (3936) **Wien.** Immer mehr Menschen treten in Österreich aus der Kirche aus. 2008 waren es in Österreich mit rund 42.000 Kirchaustritten fast 5000 mehr als im Vorjahr – und das wohlgemerkt vor den Affären, die Anfang 2009 die Kirche erschütterten. Allein in Wien ist die Zahl gegenüber 2007 von 11.649 auf 12.934 angestiegen.

Der Sprecher der Wiener Erzdiözese bezeichnete diesen Trend als „schmerzhaft“, meinte aber auch, dass es gerade in den Großstädten wie Wien viele nicht registrierte Christen gebe – womit er einräumte, dass man als Christ nicht unbedingt Kirchenmitglied sein muss. Der Pastoraltheologe Paul Zulehner meinte dazu: "Früher war es ein Fixum im Leben eines Menschen zur Kirche zu gehören. Heute kann man dies tun, muss es aber nicht. Dadurch ist ein ausgedünntes Verhältnis zwischen der

Kirche und ihren Mitgliedern entstanden." (*Kurier*, 13.1.09; *ORF*, 13.1.09; *Die Presse*, 13.1.09)

I (3937) **Linz/Graz.** Der Grazer Diözesanbischof Egon Kapellari hat die umstrittene und später vom Betroffenen zurückgezogene Ernennung Gerhard Maria Wagners zum Linzer Weihbischof verteidigt. Gleichzeitig wies er Vorwürfe zurück, der Vatikan habe im Alleingang entschieden. Die Entscheidung für Wagner sei "eine unbequeme und schwerwiegende Herausforderung an ihn selbst und an die sehr ausgeprägten gegensätzlichen Flügel in der Kirche von Linz, ihre Verantwortung für die gemeinsame Kirche zu erkennen und in die Praxis umzusetzen." Das Linzer Domkapitel hatte erklärt, dass es bei der Wahl des Weihbischofs eine "andere Richtung" erwartet hätte. Es hoffe aber, dass seine Befürchtungen "sich als unbegründet erweisen". Wörtlich heißt es in der Erklärung, die in der "Kirchenzeitung der Diözese Linz" veröffentlicht wurde: "Solche Befürchtungen können auch darin begründet sein, dass Pfarrer Wagner bisher nicht sehr präsent im Presbyterium von Dekanat und Diözese war, weder im Priesterrat noch anderen diözesanen Gremien, weder beim alljährlichen Priestergebetstag noch bei theologischen Fortbildungsveranstaltungen. Durch ein integratives Wirken in Zukunft kann er alle Befürchtungen entkräften." Offensichtlich gebe es nach wie vor ein verzerrtes Bild von der Diözese Linz an zuständiger Stelle. "Ohne beschönigen zu wollen, sei doch auf ein aktives Leben in Pfarrgemeinden und Laienapostolat hingewiesen, wie auch das im Österreichvergleich hohe Spendenaufkommen für viele Anliegen im In- und Ausland, auch für den Peterspfennig." ("Kirchenzeitung der Diözese Linz", 1.2.09) Als Wagner dann „aus freien Stücken“ zurücktrat, kritisierte die "Arbeitsgemeinschaft Christen" der rechtslastigen ehemaligen Haider-Partei FPÖ die Haltung der österreichischen Bischöfe in der Causa Wagner. In einem Statement schreibt das Gremium, die Kirche gehe "vor einer gemischten Jagdgesellschaft aus Linkskatholiken, Agnostikern und Kirchenfeinden" in die Knie, "deren Ziel nicht die Person Wagners, sondern die katholische Hierarchie und das Papstamt sind". "Weder Diskussionsleiterinnen vom ORF noch Redakteure von Tageszeitungen" seien "dazu berufen, den Kurs der Kirche zu bestimmen". (*kathpress*, 17.2.09)

I (3938) **Wien.** Nur noch eine knappe Mehrheit der Österreicher plädiert nach einer Umfrage im Auftrag des Nachrichtenmagazin *profil* für den konfessionellen Religionsunterricht. Zwar befürworten noch 62 Prozent der Befragten den konfessionellen Religionsunterricht gegenüber dem Ethikunterricht, aber bei den unter 50-Jährigen war das Verhältnis mit 51 zu 49 praktisch ausgeglichen. (*profil*, 16.2.09)

I (3939) **Wien.** Österreich und der Heilige Stuhl haben ein Zusatzabkommen über Fragen zum kirchlichen Eigentum unterzeichnet. Das gab der Vatikan an diesem Dienstag bekannt. Die Ergänzung zum Vertrag aus dem Jahr 1960 wurde bereits am 5. März am Sitz des Ministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten in Wien unterzeichnet. Stellvertretend für den Heiligen Stuhl unterschrieb der Nuntius in Österreich, Edmond Farhat. Die Unterschrift für Österreich setzte Bundesminister Michael Spindelegger. Einzelheiten wurden vom Vatikan nicht bekannt gegeben – wohl auch weil der Heiligen Stuhl Peinlichkeiten vermeiden will, wenn bekannt wird, wie wichtig ihm die materiellen Fragen doch sind. (*Radio Vatikan*, 10.3.09)

Polen

I (3940) **Warschau**. Der polnische Klerus kommt nicht zur Ruhe. Das staatliche Institut des Nationalen Gedenkens, welches die Geheimdienstakten verwaltet und mit deren Aufarbeitung beauftragt ist, hat dem langjährigen Apostolischen Nuntius in Warschau, Erzbischof Jozef Kowalczyk, Kontakte zum früheren kommunistischen Geheimdienst nachgewiesen. Er stand sogar auf dessen Gehaltsliste.

Kirchenhistoriker versuchten den Vatikan-Diplomaten zu entlasten und auch die polnische Bischofskonferenz kritisierte die Spekulationen und stellte sich letzten Freitag hinter Kowalczyk, doch das amtliche Institut wies all diese Versuche zurück und betont, dass Bischof Kowalczyk als Informant beim Geheimdienst in den 80er Jahren tätig war.

Vor zwei Jahren trat bereits der polnische Erzbischof Wielgus zurück, nachdem bei ihm ebenfalls Verbindungen zum Geheimdienst laut geworden waren – was die Bischofskonferenz zunächst ebenfalls als unmöglich dargestellt hatte, ehe sie kleinlaut den Rückzug antreten musste. (*Radio Vatikan*, 10.1.09; *Welt Online*, 14.1.09)

I (3941) **Warschau**. Gegen künstliche Befruchtung hat sich eine Volksinitiative formiert. Der Gesetzentwurf des Bürgerkomitees "Contra In Vitro" sieht eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren für jeden vor, der die Methode bei Frauen anwendet. Bei der Sammlung der erforderlichen 100.000 Unterschriften setze das Komitee auf die Unterstützung durch die katholische Kirche, sagte der Vorsitzende Jacek Kotula am Mittwoch in polnischen Medien. Nach Angaben der Internetseite des Komitees haben sich bereits mehrere Bischöfe hinter die Volksinitiative gestellt, darunter auch der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Erzbischof Jozef Michalik von Przemyśl. Kommen 100.000 Unterschriften zusammen, muss sich das Parlament mit der Initiative beschäftigen. Einen Volksentscheid können die Bürger nicht durchsetzen. Bisher ist die sogenannte In-vitro-Fertilisation in Polen nicht gesetzlich geregelt und daher uneingeschränkt erlaubt. (*KNA*, 19.2.09)

I (3942) **Warschau**. Eine Stasi-Affäre holt nun auch die evangelische Kirche in Polen ein. Das Oberhaupt der evangelisch-anglikanischen Kirche Polens, Bischof Janusz Jagucki, gibt sein Amt auf. Grund ist seine frühere Zusammenarbeit mit dem kommunistischen Geheimdienst. Die Kirchensynode sprach ihm nach Vorlage eines Berichts der Historischen Kommission mehrheitlich das Misstrauen aus. (*kathpress*, 20.4.09)

Schweiz

I (3943) **Zürich**. In Zürich wurde am 8. März (Weltfrauentag) der "Zentralrat der Ex-Muslime" in der Schweiz gegründet. Bereits seien rund hundert Mitglieder zu verzeichnen, erklärt die Vorsitzende des deutschen Vereins, Mina Ahadi. In Deutschland gibt es den Zentralrat bereits seit zwei Jahren. Das neue Schweizer Gremium hat seine Statuten im Internet veröffentlicht. Der Verein sei offen für all jene, die sich vom Islam abgewandt haben oder Migranten aus islamischen Ländern, die nie Muslime waren. Der Rat wolle insbesondere gegen den Bau weiterer Moscheen und für ein Kopftuchverbot kämpfen. (*kipa*, 6.3.09)

I (3944) **Genf**. Nach heftigen Protesten haben die Schweizer Jungsozialisten einen Aufruf zum Austritt aus der katholischen Kirche von ihrer Internetseite entfernt. Vor

zwei Wochen sei ein "etwas unglücklich formuliertes Kommuniqué" auf Französisch verbreitet worden. Darin forderte die Partei nach den Papstäußerungen zu Kondomen, dass Schweizer Katholiken aus der Kirche austreten sollten. Viele hätten sich daraufhin bei der Partei gemeldet und beschwert, sie fühlten sich verletzt. Das erklärte der Präsident der Jungsozialisten, Cédric Wermuth, am Donnerstag gegenüber der Nachrichtenagentur "Kipa". Wermuth erklärte weiter, die Jungpartei wolle die Kirchen- und Religionspolitik unabhängig von Konfessionen mitverfolgen. Der Kontakt zu kirchenkritischen Gruppen werde aber beibehalten. (*kipa*, 2.4.09)

I (3945) **Zürich**. Der Bischof von Chur und Zürich, Vitus Huonder, hat die (weltliche) Kantonsregierung in Zürich auf rechtliche Ungereimtheiten in der neuen Kirchenordnung hingewiesen, über welche die Katholiken Zürichs Ende September 2009 abstimmen.

Der Streit über die Wahl der Leiter der katholischen Gemeinden im Kanton Zürich ist eine rein innerkirchliche Angelegenheit, in die der Staat nur deshalb eingreifen darf, weil die Trennung von Staat und Kirche im Kanton Zürich noch nicht verwirklicht ist. (Im Kern geht es hier um die Kompetenzen von Bischof, Kantonalkirche und Kirchenbasis.)

Bemerkenswert ist aber die Erklärung Huonders, die geplante neue Züricher Kirchenordnung sei in einem wesentlichen Punkt verfassungswidrig. Bezüglich des "Kirchenaustritts" bemängelt der Bischof, die Kirchenordnung setze fest, dass jede Person Mitglied der kantonalen kirchlichen Körperschaft und einer Kirchengemeinde sei, die "nicht ausdrücklich ihren Austritt oder ihre Nichtzugehörigkeit zur Kirche erklärt" habe. Das Bundesgericht habe aber in seiner Entscheid vom November 2007 ausführlich begründet, dass es verfassungswidrig sei, wenn staatskirchenrechtliche Organe verlangten, dass ein Austrittswilliger auch ausdrücklich erklären müsse, "nicht mehr der römisch-katholischen Konfession, Kirche oder Religionsgemeinschaft anzugehören". Die Kantonsregierung müsse gemäß neuem Kirchengesetz die Kirchenordnung nicht bloß auf ihre Gesetzmäßigkeit, sondern auch auf ihre "Übereinstimmung mit der Verfassung" überprüfen, betont Huonder in seinem Schreiben. Er macht sich damit für jenen Grundsatz stark, den Konfessionslose schon lange vertreten: Der Kirchenaustritt sei nur ein Austritt aus der Kirchensteuernpflicht, nicht aber zwangsläufig aus der Kirche, denn die Taufe (die den Kircheneintritt begründet) sei vom "Kirchenaustritt" gar nicht berührt. (*kipa*, 18.4.09)

Anm. *MIZ*-Red.: Eine ähnliche Position hatte auch der Vatikan bereits 2006 vertreten - zum Ärger der deutschen Bischöfe, die das Schreiben totschiwigen (vgl. Meldung 3664 aus *MIZ* 1/2007).

Slowakei

I (3946) **Bratislava**. Die Bischöfe der Slowakei sollten eine eindeutige gemeinsame Vergebungsbitte für das Unrecht aussprechen, das ihre Amtsbrüder im sogenannten "Slowakischen Staat" ab 1939 an den jüdischen Mitbürgern begangen haben. Das forderte der Präsidentschaftskandidat Frantisek Miklosko anlässlich des 70. Jahrestags der Gründung des "Slowakischen Staats" am 14. März 1939, in einem Interview mit dem Fernsehsender „TA3“. Die slowakischen Bischöfe hätten sich bisher nicht zu einer eindeutigen gemeinsamen Bitte um Vergebung durchringen können, bedauert Miklosko, der zum zweiten Mal für das Präsidentenamt der Republik kandidiert. Der "Slowakische Staat" unter dem Priester-Präsidenten Jozef

Tiso war vor 70 Jahren in Absprache mit Adolf Hitler ausgerufen worden. Prälat Tiso sorgte zusammen mit slowakischen Rassisten für die Auslieferung von 70.000 Juden und „Zigeunern“ an die Nazis und arbeitete eng mit dem deutschen Staat zusammen. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs wurde Tiso wegen Hochverrats zum Tode verurteilt. (*Kathpress*, 17.3.09)

Anm. MIZ-Red.: Selbst heute bringt Radio Vatikan nicht den Mut auf, sich der eigenen Rolle ehrlich zu stellen. Im Original formulierte der Sender den vorletzten Satz so: „Prälat Tiso brachte nicht den Mut auf, sich den heimischen Rassisten und deren deutschen Hintermännern zu widersetzen.“ Diese Verharmlosung ist reine Geschichtsklitterung. Der Kirchenmann machte aus Überzeugung mit und deshalb wurde er auch so streng bestraft.

Ukraine

I (3947) **Kiew**. Von den 46 Millionen Einwohnern des Landes gehören rund 60 Prozent der orthodoxen Kirche an, ein Viertel ist konfessionslos und ein Zehntel katholisch. Zu den Minderheiten gehören auch vier Prozent Muslime und drei Prozent, die einer der meist fundamentalistischen evangelischen Sekten zuzurechnen sind.

Letztere werden nun aber von einem peinlichen Finanzskandal erschüttert. Acht evangelische Bischöfe und Kirchenleiter kamen nicht umhin, sich vom Hauptpastor der 30.000 Mitglieder zählenden Pfingstgemeinde *God's Embassy* (Gottes Botschaft) in Kiew, dem Nigerianer Sunday Adelaja, zu distanzieren. Sie werfen ihm Finanzbetrug, Geldliebe, Irrlehre, Personenkult und „Unbußfertigkeit“ vor. Adelaja habe dazu ermuntert, Geld bei der von einem Gemeindeglied geleiteten Organisation *King's Capital* (Königskapital) anzulegen und bis zu 60-prozentige Renditen versprochen. Tatsächlich hätten die Investoren jedoch weder Erlöse erzielt, noch ihre Einlagen zurückerhalten. Das Kapital sollte in Nigeria in einer Bank angelegt werden, die angeblich Kleinkredite an Bauern vergibt. Wie es in der gemeinsamen Erklärung der Kirchenleiter heißt, habe Adelaja zunächst bei einer Zusammenkunft am 16. Dezember um Vergebung gebeten und versprochen, öffentlich Fehler einzugestehen. Doch sei eine solche Buße ausgeblieben. Stattdessen zeigten Bekanntmachungen seiner Gemeinde, dass er Informationen manipulierte und Unwahrheiten verbreitete.

Nun verurteilen der Bischof des "Bundes aller ukrainischen Christen des evangelisch-pfingstlichen Glaubens" sowie die Leiter der Ukrainischen Christlich-Evangelischen Kirche, des "Bundes freier Gemeinden des christlich-evangelischen Glaubens", der "Gemeinde Gottes", der Ukrainischen Missionskirche, der Vereinigung freier charismatischer christlicher Kirchen, der Messianischen Gemeinschaft in Kiew und der Christlichen Gemeinde in Charkow das das "Streben nach Aufbau eines Personenkults" und die "Sünde der Geldliebe". Adelaja habe sich "von der Reinheit der evangelischen Lehre entfernt" und befinde sich in "geistlicher Verirrung". Alle genannten Kirchenleiter ignotieren jedoch geflissentlich, dass auch sie nach möglichst günstigen Geldanlagen strebten und nur dummerweise auf einen Scharlatan in den eigenen Reihen hereingefallen waren.

Adelaja selbst bestreitet nach Angaben der Zeitung *Christian Post* jegliche Finanzmanipulation. Er stehe angeblich nicht in Verbindung mit *King's Capital*. Diese Finanzinstitution habe ihr Kapital vornehmlich in Immobilien investiert; die jedoch aufgrund der Finanzkrise erheblich an Wert verloren hätten. Deshalb habe man die Einlagen der Investoren nicht zurückzahlen können. Adelaja warf sogar in seiner Vorwärtsverteidigung dem ukrainischen Innenminister Juri Lutsenko vor, einen

Skandal herbeizureden, um die evangelikale Bewegung in der Ukraine zu schwächen - was indessen alle anderen Kirchenführer anders sehen. Von religionsfreier Seite wird die ukrainische Regierung indessen kritisiert, weil sie gegen diese religiösen Eiferer nicht einmal ein Strafverfahren eingeleitet hat, während andere vergleichbare Finanzjongleure konsequent zur Rechenschaft gezogen wurden. (idea, 2.1.09; *Christian Post*, 30.12.08)

Vatikan

I (3948) **Vatikanstadt** .Seit Anfang 2009 gelten italienische Gesetze nicht mehr automatisch auch für den "Staat der Vatikanstadt". Genau 80 Jahre nach seiner Gründung sollen die italienischen Gesetze, wenn überhaupt erst nach ausführlicher Prüfung übernommen werden.

Die italienische Gesetzgebung sei "widersprüchlich und nicht kirchlich genug", heißt es in einer offiziellen päpstlichen Stellungnahme aus dem Vatikan.

Kritiker werfen dem Papst vor, er spreche damit ein Misstrauensvotum gegenüber Italien aus. Selbst innerhalb des Kirchenstaates herrschen Unstimmigkeiten über die Entscheidung. Der Präsident des Vatikanischen Gerichtshofs, Giuseppe Dalla Torre, bekräftigte, dass sich mit dem neuen "Vatikan-Gesetz" nicht viel ändere. "Der wichtigste Punkt ist, dass wir nicht mehr das italienische Bürgerliche Gesetzbuch von 1865 anwenden, sondern das von 1942; das ist moderner", so Dalla Torre.

Anlass für die Umstellung soll eine UNO-Erklärung zur Homosexualität sein, die der italienische Staat, nicht aber die katholische Kirche mittragen wollte.

In den Lateranverträgen von 1929 zwischen dem damaligen Königreich Italien und dem Heiligen Stuhl übernahm der Vatikan automatisch die italienische Gesetzgebung. Allerdings gab es auch Ausnahmen: Während in Italien die Todesstrafe schon mit der neuen postfaschistischen Verfassung von 1946 abgeschafft wurde, folgte der Vatikan hierin erst 1969. (*Frankfurter Allgemeine*, 3.1.09; *Rheinischer Merkur*, 8.1.09)

I (3949) **Vatikanstadt**. Zur Frage der Kinderrechte hat sich der Papst persönlich in derart haarsträubender Weise geäußert, dass hier ganz einfach und völlig unverändert die Ausführungen wiedergegeben werden, wie sie Radio Vatikan in seinem Newsletter vom 11. Januar 2009 verbreitet hat:

"Kinder sind kein Privateigentum" - Papst tauft in der Sixtina

Papst Benedikt XVI. hat am Sonntag 13 Kinder in der sixtinischen Kapelle getauft. Benedikt führt damit eine Tradition Johannes Paulus II. fort, einige Kinder von Vatikanangestellten das Taufsakrament zu spenden. In seiner Ansprache ging der Papst auf die Verantwortung der Eltern in Erziehungsfragen ein.

"Das Kind ist nicht Eigentum der Eltern, sondern es ist ihnen von Gott in ihre Verantwortlichkeit übergeben worden, frei und immer wieder neu, damit diese ihm helfen, wirklich zu einem freien Kinde Gottes zu werden."

Die Eltern müssten dieses Bewusstsein immer mehr heranreifen lassen und die rechte Balance finden „zwischen dem Anspruch, über die eigenen Kinder verfügen zu können als seien sie ihr Privateigentum und sie nach den eigenen Vorstellungen und Wünschen zu formen und einer libertären Haltung, die sich darin zeigt, dass man die Kinder sich selbst überlassen heranwachsen lässt und ihnen jeden Wunsch und jede Bitte erfüllt in der Meinung, dass dies eine rechte Weise sei, ihre Persönlichkeit zu entfalten." Kernpunkt der Erziehung sei es, die Kinder an den Glauben an Gott

heranzuführen. Gott in der Haltung der Sohnschaft anzuerkennen müsse das Ziel sein.

Wenn die Kirche daher bereits kleine Kinder taufe, „dann tut sie ihnen keine Gewalt an, sondern sie schenkt ihnen den Reichtum des göttlichen Lebens, in dem die wahre Freiheit wurzelt, die den Kindern Gottes eigen ist; eine Freiheit, die im Laufe der Jahre durch Erziehung geformt werden und reifen muss, sodass der Mensch fähig wird zu verantwortungsvollen persönlichen Entscheidungen.“ (*Radio Vatikan*, 11.1.09)

Amerika

Vereinigte Staaten

I (3950) **Washington**. Atheisten in den USA sind zwar mit ihrem Vorhaben gescheitert, religiöse Elemente bei der Amtseinführung des künftigen Präsidenten Barack Obama gerichtlich zu verhindern, sorgten aber für erhebliches Aufsehen und fanden landesweite Zustimmung. Sie stießen sich vor allem an der Bekräftigung des Amtseids mit der Formel "So wahr mir Gott helfe" sowie gegen Fürbitte und Segen für den neuen Präsidenten.

Deshalb hatten 18 Atheisten und zehn Interessengruppen Klage gegen den Obersten Verfassungsrichter John G. Roberts sowie die Pastoren Rick Warren und Joseph E. Lowery beantragt. (Roberts nahm am 20. Januar in Washington Obama den Amtseid ab; der Baptistenpastor Warren sprach ein Fürbittegebet und der schwarze Methodist und Bürgerrechtler Lowery den Segen.) Wie die Zeitung *Washington Post* berichtete, verstießen nach Auffassung der Kläger Gebet, Segen und Anrufung Gottes gegen die in der Verfassung verankerte Trennung von Staat und Kirche. Hauptinitiator war der Kalifornier Michael A. Newdow, der bereits 2001 und 2005 bei den Amtseinführungen von Präsident George W. Bush vergeblich gegen Gebete und die Anrufung Gottes geklagt hatte. Die Amerikanische Humanistische Vereinigung ist gleichwohl zuversichtlich, dass die Gruppe durchsetzen müsste, "wenn sich die Richter an die Verfassung halten". Tatsächlich scheiterte der Eilantrag der Kritiker letztlich nur an formalen Kriterien.

Unmut bei Liberalen und der Homosexuellenbewegung hatte Obama bereits zuvor durch seine Einladung an Warren erregt, das Fürbittegebet zu sprechen. Dieser leitet die 20.000 Mitglieder zählende Saddleback-Gemeinde in Lake Forest (Kalifornien) und ist Autor diverser Bücher mit fundamentalistischem Inhalt. Allerdings dürfte seine Beauftragung auch taktisch motiviert gewesen sein, denn in einigen ethischen Fragen liegt er mit Obama über Kreuz. So hat sich Warren gegen die Einführung der "Homo-Ehe" in seinem Bundesstaat stark gemacht. Der 54-Jährige vertritt auch in der Abtreibungsfrage eine deutlich konservativere Meinung als Obama. Die Organisation *Human Rights Campaign* (Menschenrechtskampagne) meinte, mit der Einladung eines solchen Scharfmachers zur Mitwirkung bei seiner Amtseinführung habe Obama sein Image befleckt. (*idea*, 5.1.09; *Washington Post*, 3., 5. u. 22.1.09)

I (3951) **Tallahassee**. Ein katholischer Priester hat in Florida rund 800.000 Dollar Spenden gestohlen. Nach Medienberichten sammelte der Mann das Geld bei den sonntäglichen Kollekten in seiner Kirchengemeinde ein und nutzte es für persönliches Vergnügen. Der Priester gestand seine Schuld nun vor Gericht. (*apic*, 22.1.09)

Anm. MIZ-Red.: In Deutschland hätte ein Priester ein solches gleichermaßen kriminelles wie heuchlerisches Verhalten nicht nötig. Bei rund 4000 Euro Monatseinkünften könnte er sich auch ganz legal ein "schlaues Leben" machen.

I (3952) **Maryville**. Wieder einmal bestätigte sich: Die aggressivsten Kirchenfeinde sind nicht etwa Atheisten (denen die Religiosität anderer zumeist egal ist, solange sie nicht selbst davon beeinträchtigt sind), sondern religiöse Fanatiker in den eigenen Reihen, die nicht selten psychisch auffällig sind. In Maryville im Bundesstaat Illinois hat ein bewaffneter Gottesdienstbesucher einen baptistischen Pastor getötet und zwei Menschen verletzt. Der Täter wurde von Kirchgängern überwältigt. (*ap*, 9.3.09)

I (3953) **Hartford**. Die Zahl der Nichtreligiösen wächst in den USA, während der Anteil der Christen seit 20 Jahren zurückgeht. Zu diesem Ergebnis kommt eine Langzeitstudie, die vom Trinity College in Hartford (Bundesstaat Connecticut) durchgeführt wurde.

Beim *American Religious Identification Survey* (Amerikanische Religiöse Identifizierungsumfrage) wurden zuletzt im vergangenen Jahr rund 54.000 Personen befragt. Ähnliche Untersuchungen wurden bereits 1990 und 2001 durchgeführt. Der Anteil der US-Bürger, die sich keiner Religion zurechnen, ist danach von 8,2 Prozent (1990) auf jetzt 15 Prozent gestiegen. Dabei ist die Zahl der bekennenden Atheisten in den vergangenen sieben Jahren von 900.000 auf 1,6 Millionen gestiegen. Der Anteil der Christen fiel von 86,2 Prozent Anfang der neunziger Jahre auf 76 Prozent. Dies führen die Wissenschaftler vor allem auf den Niedergang der evangelischen Traditionskirchen zurück, darunter Methodisten, Lutheraner, reformierte Presbyterianer und Anglikaner. Andere Teile des Protestantismus, insbesondere die Evangelikalen, haben hingegen zugelegt. (*idea*, 11.3.09)

I (3954) **Washington**. 436 Millionen US-Dollar haben die US-Diözesen allein im vergangenen Jahr für die Folgen von Missbrauchsfällen bezahlt. Davon kamen 23 Millionen Dollar zur Vorbeugung sexuellen Missbrauchs von Kindern zugute. Das weist der „6. Jahresbericht zum Schutz von Kindern und Jugendlichen“ aus, der in Washington vorgestellt wurde. Demnach lag die Zahl der Missbrauchsklagen gegen Kirchenmitarbeiter 2008 mit 803 Fällen um 16 Prozent höher als 2007. Die Gesamtzahl der Straftäter im Kirchendienst beläuft sich demnach auf fast 20.000 – allein im Bereich der katholischen Kirche der USA. (Radio Vatikan, 14.3.09; KNA, 14.3.09)

Lateinamerika

Argentinien

I (3955) **Vatikanstadt**. Ausgerechnet die Bischöfe des südamerikanischen Schwellenlandes beanstanden, Argentinien habe ein Demokratiedefizit - und das beklagen sie ausgerechnet im Vatikan, wohin sie zum Rapport ("Ad Limina-Besuch") bestellt sind. Enrique Eguía Seguí, Weihbischof von Buenos Aires und Generalsekretär der argentinischen Bischofskonferenz, fordert vor allem einen "neuen Respekt für die Gewaltenteilung im Staat". (*Radio Vatikan*, 26.3.09)

Anm. MIZ-Red.: Recht hat er. Aber solange das genau Gleiche nicht für den Vatikan einfordert, ist er nicht die geeignete Person um anderen die Leviten zu lesen.

Und zu guter Letzt noch ein Schmankerl, das auch anderswo in der MIZ untergebracht werden kann:

Titel des Radio Vatikan Newsletter vom 10.1.09:

- Kirchliche Schule in Gaza von Bomben beschädigt
- Vatikan zufrieden mit Mülltrennung